

Mittelstand: Unterstützen statt belasten

Politik beim Wort nehmen

„Selbstständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir wollen ihre Leistung künftig noch stärker öffentlich anerkennen und fördern.“



Regierungsprogramm
2017–2021 der CDU/CSU

„Wir werden Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten. Wir wollen außerdem den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.“



Regierungsprogramm
2017–2021 der SPD

„Wir Freie Demokraten wollen eine verbindliche Mittelstandsklausel auf Bundesebene einführen.“



Bundestagswahlprogramm
2017 der FDP

„Neuregelungen sollten so getroffen werden, dass insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen ein angemessener Umsetzungszeitraum bleibt.“



Bündnis 90/Die Grünen in
den Wahlprüfsteinen des VdR

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Dazu gehören auch traditionsreiche Tabakhersteller, die zuletzt von der Politik mehr als stiefmütterlich behandelt wurden. Die Folgen: Arbeitsplatzverluste und das drohende Ende der Tabakvielfalt und -kultur. Es gibt gute Gründe für eine Kurskorrektur.

An der Grenze der Belastbarkeit

Politiker aller Couleur wollen den besonderen Charakter der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur stärken. Gleichwohl waren die vergangenen Jahre für die Tabakwirtschaft gezeichnet von zusätzlichen Auflagen. Beispiel Tabakproduktrichtlinie: Die 2014 verabschiedeten EU-Vorgaben belasten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auch heute noch überproportional. Während große Zigarettenhersteller Anlagen, Rezepturen und Verpackungen nur für wenige Marken mit riesigen Absatzzahlen anpassen müssen, ist es bei Mittelständlern mit vielen Dutzend verschiedenen Erzeugnissen genau andersherum. Für Kleinstserien müssen sie einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand betreiben. Verheerend kommt hinzu, dass die deutsche Politik zu spät Rechtssicherheit geschaffen hat. Das bezahlen die KMU noch heute mit Produktionsausfällen, sinkenden Marktanteilen und Arbeitsplatzverlusten. Dies ist staatlich induzierte Wettbewerbsverzerrung.

Herausforderungen für den Mittelstand in den Fokus

Die Politik gelobt nun Besserung: Alle Parteien haben dem Mittelstand im Wahlkampf Unterstützung zugesagt. Es gilt, Wort zu halten.

Die Forderungen des VdR für eine erfolgreiche Politik:

- **Mittelstandcheck:** Bei Regulierungsvorhaben sollte der Gesetzgeber konkret die Folgen für den Mittelstand prüfen. Wichtig dabei: Kleine und mittlere Unternehmen sollten gegenüber Großkonzernen nicht schlechter gestellt werden.
- **1:1-Umsetzung:** Europäische Vorgaben sollten weder verwässert noch verschärft werden. Das gilt auch für das nachgeordnete Recht wie zum Beispiel Durchführungsverordnungen auf Bundesebene. Der Mittelstand profitiert vom harmonisierten Binnenmarkt.
- **Angemessene Fristen:** Gerade mittelständische Unternehmen planen ihre Investitionen langfristig. Sind die Umsetzungsfristen neuer Vorgaben und die Phasen der Rechtssicherheit zu kurz, geraten Mittelständler schnell in Schieflage.